

## **6 Fragestunde**

Bgm. Mag. **Nagl**:

Jetzt komme ich schon zur Fragestunde. Es ist jetzt 12.18 Uhr. Die Fragestunde geht bis 13.18 Uhr und ich darf den ersten Fragesteller schon zum Rednerpult bitten. Es ist Herr GR Mag. Muhr. Er fragt Frau Stadträtin Elke Kahr betreffend den Radweg in der Alten Poststraße.

### **6.1 Frage 1: Radweg Alte Poststraße (GR Mag. (FH) Muhr, SPÖ an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

GR Mag. (FH) **Muhr**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher am Livestream zu Hause. Liebe Elke, meine heutige Frage bezieht sich auf den Radweg in der Alten Poststraße im Bereich des Autohauses Denzel und OMV-Tankstelle und das ist bis heute leider auch ein brisanter Unfallpunkt. Denn dort erfolgt die Trennung zwischen Rad- und Gehweg durch eine etwa drei Zentimeter große Kante und das entwickelt sich immer mehr für die Radfahrer, die dort diesen Radweg benutzen, zu einer Falle, weil sie das nicht gewohnt sind; in der Stadt haben wir diese Abgrenzungen in einer anderen Form baulicher oder bzw. sichtlich getrennt. Selbst in meinen Bekanntenkreisen ist in der letzten Woche eine Person dort gestürzt und hat sich auch Verletzungen zugezogen. Es ist ja auch aus den Medien schon zu vernehmen gewesen, dass du die Unfallstelle bereits kennst und auch Lösungen mit Markierknöpfen angestrebt sind. Aber anscheinend ist die Dunkelziffer, die von den Radfahrern, die dort stürzen, anscheinend doch sehr hoch. Aber Gott sei Dank blieben die unverletzt und es muss dort unverzüglich eine Lösung gefunden werden, damit dort nicht weitere Unfälle passieren.

Aufgrund des mir bekannten Unfalls in der letzten Woche stelle ich jetzt an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens der sozialdemokratischen Gemeindefraktion die

**Frage:**

Bis wann wird der Unfallpunkt in der Alten Poststraße im Bereich des Autohaus Denzel und der OMV-Tankstelle entschärft?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke!*

*Der Radweg in der Alten Poststraße im Bereich des Autohauses Denzel und der OMV Tankstelle ist leider bis heute noch immer ein brisanter Unfallpunkt. Die Trennung zwischen Radweg und Gehweg erfolgt dort durch eine etwa drei Zentimeter hohe Kante und entwickelt sich immer mehr zu einer Falle für die Radfahrer. Selbst in meinem Bekanntenkreis stürzte dort letzte Woche eine Person und zog sich auch Verletzungen zu.*

*Aus den Medien war zu vernehmen, dass dir die Unfallstelle bereits bekannt ist und eine Lösung mit Markierknöpfen angestrebt wird.*

*Anscheinend ist die Dunkelziffer der dort gestürzten Radfahrer, die Gott sei Dank unverletzt blieben, relativ hoch und es scheint, dass an dieser Stelle unverzüglich Lösungen umgesetzt werden müssen.*

*Aufgrund des mir persönlich bekannten Unfalls, der sich letzte Woche ereignete, stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die*

**Frage:**

*Bis wann wird der Unfallpunkt in der Alten Poststraße im Bereich Autohaus Denzel und der OMV-Tankstelle entschärft?*

StR<sup>in</sup> **Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Ewald. Danke für deine Anfrage. Vorweg möchte ich nur eines festhalten, dass die Planung dieses beidseitigen Geh- und Radweges in der Alten Poststraße durch das Land Steiermark erfolgt ist. Die Trennung von Geh- und Radwegen durch einen Niveauunterschied, also einer Kante von drei Zentimetern, entspricht den derzeit gültigen Richtlinien für das Straßenwesen, und das Land Steiermark pflegt auch diese Praxis vor allem im ländlichen Raum. Dass das in der Stadt Graz wir hier aus der Erfahrung eine andere Praxis wählen, darauf haben wir damals am Beginn der Planung durchaus aufmerksam gemacht. Nichtsdestotrotz ist es genau so, wie du gesagt hast, dass es seit der Errichtung immer wieder zum Sturz von RadfahrerInnen durch schräges Auffahren oder Abkommen auf dem erhöhten Gehsteigbereich gekommen ist und zwar vor allem im südöstlichen Bereich bei der Wetzelsdorfer Straße und unser Straßenamt ist sofort nach dem Bekanntwerden dieser Unfälle aktiv geworden und hat bereits am 17. Juni veranlasst, dass die Montage von sogenannten Markierknöpfen, das sind so orange Plastikelemente mit Reflektoren, installiert worden sind. Davor hat bereits das Kuratorium für Verkehrssicherheit am 3.6. eine Konfliktanalyse durchgeführt, um auf die Unfallursachen laufend intervenieren zu können. Seither wurde unabhängig von dem konkreten Fall von dir ein Unfall einer älteren Dame mit einem Elektrofahrrad gemeldet, auf das ebenso jetzt sofort reagiert wurde und zwar, dass die Sichtbarkeit der Randleiste auf diesem Abschnitt nämlich zusätzlich noch zu diesen Reflektoren durch die Montage von Fahrbahnlaschen verbessert werden soll. Die Elemente sind bereits bestellt und müssten in einer bis maximal zwei Wochen angebracht sein.

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

**Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.24 Uhr)**

**6.2 Frage 2: Begrünung von Graz  
(GR<sup>in</sup> Reininghaus, Neos an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> Reininghaus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Gemeinderäte, Gemeinderätinnen, liebe alle zu Hause an den Bildschirmen. Ich wünsche mir mehr Grün in Graz, und die Stadtbaudirektion hat bereits 2006 in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt und dem damaligen Stadtgartenamt den Masterplan „Grünes Netz Graz“ erarbeitet. Dieser Masterplan sah vor oder sieht vor, Grünkorridore, Grünzüge und Grünverbindungen zu errichten, weil man ja schon damals gescheiterweise wusste, dass die positiven Begleiterscheinungen uns etwas bringen. Die positiven Begleiterscheinungen die liegen auf der Hand, Grün tut uns Menschen einfach gut. Begrünte Zonen tragen zu unserem seelischen Ausgleich bei. Sie schenken uns Erholung und Wohlempfinden und wirken positiv auf Gesundheit und Gemüt. Überdies machen grüne Oasen Hitzetage erträglicher, absorbieren Emissionen, isolieren Gebäude und filtern Wasser. So weit so gut. Genug Gründe also, die für eine Umsetzung der im Masterplan geplanten Maßnahmen sprechen. Leider kann von einem großflächigen Vorhandensein der Grünzonen nicht die Rede sein, obwohl der Masterplan bereits seit 14 Jahren existiert. Daher meine

**Frage**

an den Herrn Bürgermeister:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl,  
denken Sie, dass die Stadt Graz in den letzten 14 Jahren im Zuge des Masterplans „Grünes Netz Graz“ ausreichend bewirkt hat, Graz flächendeckend zu begrünen oder bedarf es Nachbesserungen und weiterer Maßnahmen, um den Herausforderungen des Klimawandels gerecht zu werden?

**Originaltext der Frage:**

*Urbane Grünräume sorgen vor allem in einer stark wachsenden Stadt für Wohlbefinden und Erholung.*

*Grünräume kühlen die Umgebung, absorbieren Emissionen, isolieren Gebäude, speichern und filtern Wasser und wirken sich positiv auf Gesundheit und Gemüt aus.*

*Die Stadtbaudirektion hat bereits 2006 in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt und dem damaligen Stadtgartenamt den Masterplan „Grünes Netz Graz“ erarbeitet.*

*Dieser Masterplan sah vor, Grünkorridore, Grünzüge und Grünverbindungen zu errichten.*

*Obwohl der Masterplan nun seit knapp 14 Jahren existiert, kann von einem großflächigen Vorhandensein dieser Grünzonen nicht die Rede sein.*

*Daher meine*

**Frage**

*an den Bürgermeister:*

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl,  
denken Sie, dass die Stadt Graz in den letzten 14 Jahren im Zuge des Masterplans „Grünes Netz Graz“ ausreichend bewirkt hat, Graz flächendeckend zu begrünen oder bedarf es Nachbesserungen und weiterer Maßnahmen um den Herausforderungen des Klimawandels gerecht zu werden?*

Bgm. Mag. **Nagl:**

Vielen Dank, Frau Gemeinderätin. Hoher Gemeinderat, es ist und war niemals die Intention des „Grünen Netzes“, Graz flächendeckend zu begrünen, und es ist das „Grüne Netz“ trotz einiger vergangener Jahre seit seiner Erfindung noch immer eine wichtige, aber nicht die alleinige Strategie, um grünraumpolitische Akzente zu setzen und respektive Herausforderungen des Klimawandels gerecht zu werden. Eine der Hauptintentionen damals war ja, dass wir diese Korridore schaffen auch im Besonderen auch als Lebensraum für Menschen und Tiere. Es ist vielmehr einer Fülle von Maßnahmen und Strategien innerhalb unserer Planungsämter zu verdanken, dass Graz trotz einer sehr rasanten baulichen Entwicklung der letzten Jahre eine grüne, urbane und für Menschen lebenswerte Stadt geblieben ist. Viele Initiativen darf ich Ihnen nun auch beispielhaft aufzählen: Denken Sie beispielsweise an unsere Initiative zur Grünraumsicherung durch direkten Flächenankauf. Erst heute sind wieder einige Ankäufe Gegenstand der Gemeinderatstagesordnung, und wir haben auch hier im Hause Graz die Gelder vereint. Das Geld, das die Stadt selbst ausgibt, aber auch das Geld für Grundstücksankäufe, das die Holding macht. Und da gab es Erhöhungen. Oder an die Baulandentwicklung im Rahmen von Wettbewerben, Bebauungsplänen und Bauverfahren und auch eine Initiative, die die Baudirektion nicht nur, wenn ich so sagen darf, vorangetrieben hat, sondern wir es jetzt auch leben, das ist die sogenannte Vertragsraumordnung. Dass, wenn es um größere Bauvorhaben geht, die Stadt Graz auch mit den Investoren vereinbart, dass Grundstücke an uns abgetreten werden, diese oft auch in Grünflächen und Parks vorher umgebaut werden und uns dann zur Pflege geschenkt werden. Schönes Beispiel ist jetzt sicherlich Smart City, gleich neben dem Bahnhof, wo wir zwar eine rege Bautätigkeit haben, aber jetzt auch ein weiterer Park entstehen wird. Genauso haben wir eine große Fläche in Reininghaus mit einem solchen Modell bekommen. Denken Sie an unseren Klimafonds und den Klimabeirat. Da gibt es jetzt schon viele Initiativen, die schon auf dem Tisch liegen, gerade geprüft werden und so manche auch jetzt von uns schon umgesetzt werden. An unsere Initiativen, im öffentlichen Raum bzw. bei allen städtischen Neuprojekten Bäume zu pflanzen, an unser Konzept „Platz für Menschen“ etwa alle städtischen Plätze grün zu

gestalten und vieles andere mehr. Die klaren und eindeutigen drei Säulen unserer Grünraumabteilung im Zusammenhang mit der Herausforderung des Klimawandels sind erstens „Urban Cooling“, also Maßnahmen gegen diesen sogenannten „Urban Heat Island Effekt“, zweitens der Umgang mit dem Wasser. Auch da gibt es viel zu sagen und drittens die Stärkung der Biodiversität der Stadt Graz. Im möchte in diesem Zusammenhang an die regelmäßig erhobenen Lebensqualitätsindikatoren und sich daran widerspiegelnd Bedeutung des Grünraums und unserer gemeinsamen Arbeit an diesem Grünraum, aber auch an internationale Rankings erinnern, die Graz immer wieder an vorderster Stelle sehen. Wenn es um naturräumliche Ausstattung, um Grünraum in Graz geht, vor allem auch die Befragung aller Bürgerinnen und Bürger, die diesen Grünraum als eine ganz, ganz wichtige Säule der Stadt sehen. Und schließlich und endlich darf ich noch hinzufügen, dass es erst kürzlich interessante Projekte gegeben hat. Der von Stadtrat Kurt Hohensinner ins Leben gerufene Jugend- und Kindergemeinderat hat ja ein tolles Projekt einer Bürgermeisterin, einer jungen Bürgermeisterin von Graz umgesetzt, dass wir jedem Kind, das in Graz geboren wird, auch jährlich einen Baum schenken, sprich pflanzen, oder es den Eltern mit nach Hause geben und wie Sie wahrscheinlich auch bemerkt haben, bevor in Graz irgendeine Straße umgebaut wird, geht es auch immer wieder darum, im Straßenraum möglichst Bäume zu pflanzen und mit dem Stockholmer Modell auch aufgrund der Notwendigkeit der Wasserversorgung zu versehen. Jüngstes Beispiel, wo wir Bäume demnächst pflanzen werden, ist ja die Schmiedgasse, da werden die Bäume dann vom Casino um die Ecke in die Schmiedgasse bis zum Hauptplatz reichen und zeugen eigentlich davon, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Planungsämtern aber auch im Straßenamt diesen Auftrag wahrnehmen. Warum sage ich das explizit? Auf Plätzen und auf Straßen haben wir einen besonderen Nachholbedarf, das passiert gerade. Aber was vielleicht auch noch ganz, ganz wichtig ist, wir erheben im Moment auch immer wieder den sogenannten Landbedeckungsgrad. Das ist eine für mich ganz interessante Kennziffer. Da würde ich mich auch gerne einmal mit anderen Städten vergleichen, das werden wir vielleicht sogar jetzt modellieren. Wenn sie z.B. das Luftbild über Wien aufmachen, sehen Sie,

dass die Innenhofbereiche in der Stadt sehr oft mit Garagen oder mit Parkplätzen verbaut sind, manchmal auch mit Gebäuden. In Graz ist das anders. Damit wir also nicht nur eine persönliche Wahrnehmung haben, sondern ganz fundierte Kennziffern, überfliegen wir Graz und rechnen den sogenannten Landbedeckungsgrad aus. Das bedeutet, im Sommer werden Aufnahmen gemacht. Es wird der Zuwachs oder der Verlust an Baumkronen und Buschkronen herausgemessen. In Summe haben wir in Graz in unserem Stadtgebiet einen Landbedeckungsgrad von 72 %. Das müssen uns viele Städte im urbanen Bereich erst einmal nachmachen. Aber noch einmal, wir dürfen nicht müde werden, gerade auf Plätzen und im Straßenbereich, verstärkt auch wegen der von Ihnen zitierten Überhitzung, Pflanzungen vorzunehmen (*Allgem. Appl.*).

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Danke für die Antwort. Gibt es eine Zusatzfrage?

**Reininghaus:**

Ja, ich möchte noch darauf eingehen auf das, was der Herr Bürgermeister in der Gemeinderatssitzung vom 14. Mai mitgeteilt hat, nämlich, dass er nicht nur die Stadt Graz, sondern auch die Bürger und Bürgerinnen verpflichtet sieht, sich ja um ein lebenswertes Graz zu kümmern und wir möchten also diesen Ansatz auch aufgreifen des Herrn Bürgermeisters und darum frage ich Sie, können Sie sich vorstellen, einen Anreiz durch einen Wettbewerb z.B. mit dem Titel „Graz, die Stadt der grünen Tore“ zu schaffen, indem Sie die zuständigen Stellen veranlassen, die Teilnahmebedingungen für einen Wettbewerb oder für diesen Wettbewerb in den stadteigenen Medien zu veröffentlichen, sowie die zuständigen Stellen zur Prüfung veranlassen, die Preisgelder für die ersten drei Plätze in Form von Graz-Gutscheinen, was wiederum der Wirtschaft zugutekäme, im Gesamtwert vom maximal 2.000 Euro zu übernehmen? Danke.

**Bgm. Mag. Nagl:**

Frau Gemeinderätin, also es gibt ja auch die Möglichkeit, dass wir über die Bezirksebenen versuchen, Menschen sowohl bei Blumenschmuck-Wettbewerben teilnehmen zu lassen, sicherlich auch im Pflanzbereich, gerade im privaten Bereich, und ich denke mir, dass es auch eine gute Idee wäre, ein solches Projekt auch einmal unserem Klimaschutzbeirat auch vorzulegen. Ich denke, dass da einiges kommen wird. Da sollten wir jetzt nicht gleich vorgreifen. Es sind gerade wieder, ich glaube, sieben oder neun Projekte in Arbeit und ich nehme an, dass da sehr viel kommen wird  
(Allgem. Appl.).

**Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.32 Uhr)**

**6.3 Frage 3: Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg  
(GR Mag. Spath, ÖVP an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR Mag. Spath:**

Dankeschön. Herr Bürgermeister, Frau Stadträtin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauer im Livestream. Ich stelle die Frage an die Frau Stadträtin Elke Kahr zum Thema Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg. Am 5. November 2018 fand an der Kreuzung Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg eine Protestkundgebung inklusive einer Straßensperre statt. Die Anrainer und Teilnehmer haben dort eine Verkehrslösung, einen Kreisverkehr für diesen Kreuzungsbereich gefordert. An dieser Protestkundgebung hast auch du, Frau Stadträtin, teilgenommen. Dabei hast du den Anwesenden einen Kreisverkehr versprochen, der vom Straßenamt ebenfalls als geeignet angesehen wird und schon lange in Planung ist. Es ist ja schon eine Sache, die ja wirklich schon sehr, sehr lange, über mehrere Jahre geht. Du hast auch mitgeteilt, dass die Verhandlung bezüglich der letzten notwendigen Grundablöse vor dem Abschluss steht und der Besitzer eine

grundsätzliche Bereitschaft für die erforderliche Abtretung erkennen hat lassen. Vor einem Jahr, in der Gemeinderatssitzung im Juni 2019, stelle ich eben die Frage, ob diese Grundablöse bereits erfolgt ist bzw. wann mit der Umsetzung des Kreisverkehrs zu rechnen ist. Du hast mir geantwortet, ja, wir sind an einer möglichst raschen Realisierung dieses Kreisverkehrs aus Gründen der Verkehrssicherheit interessiert und haben das auch schon bekundet. Allerdings ist bis jetzt noch nichts geschehen. Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die in der Stadt für den Verkehr zuständig ist, neuerlich die

**Frage:**

Wann kann die betroffene Bevölkerung und der Gemeinderat mit der von dir Anfang November 2018 bei der Protestkundgebung versprochenen Umsetzung des Kreisverkehrs an der Kreuzung Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg rechnen (*Allgem. Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Am 5. November 2018 fand an der Kreuzung Karl-Huber-Gasse / Neufeldweg eine Protestkundgebung inkl. einer Straßensperre statt. Die Anrainer und Teilnehmer forderten eine Verkehrslösung (Kreisverkehr) für den Kreuzungsbereich.*

*An dieser Protestkundgebung nahmst u.a. auch du teil. Dabei hast du den Anwesenden einen Kreisverkehr versprochen, der vom Straßenamt ebenfalls als geeignet angesehen werde und schon lange in Planung sei. Du hast auch mitgeteilt, dass die Verhandlung bzgl. der letzten notwendigen Grundablöse vor dem Abschluss stünden und der Besitzer eine grundsätzliche Bereitschaft für die erforderliche Abtretung hätte erkennen lassen.*

*In der GR-Sitzung im Juni 2019 stellte ich die Frage, ob die Grundablöse bereits erfolgt bzw. wann mit der Umsetzung des Kreisverkehrs zu rechnen sei. Du hast mir geantwortet: Ja, wir sind an einer möglichst raschen Realisierung dieses Kreisverkehrs*

*aus Gründen der Verkehrssicherheit interessiert und haben das auch so bekundet...“, allerdings ist bis heute nichts geschehen.*

*Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die in unserer Stadt für den Verkehr zuständig ist, neuerlich die*

**Frage:**

*Wann kann die betroffene Bevölkerung und der Gemeinderat mit der von dir Anfang November 2018 bei der Protestkundgebung versprochene Umsetzung des Kreisverkehrs an der Kreuzung Karl-Huber-Gasse / Neufeldweg rechnen?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Gerhard. Es ist genau richtig, wie du gesagt hast, im November 2018 hat es eine Protestkundgebung gegeben der BürgerInnen, warum? Weil natürlich schon vor meiner Periode immer wieder der Wunsch aufgetaucht ist, dort aus Verkehrssicherheitsgründen einen Kreisverkehr zu machen. Du hast das auch angesprochen, dass sich die Grundstücksablöse mit dem Eigentümer der Fläche, die wir brauchen für den Kreisverkehr, nicht einfach erwiesen hat. Wichtig ist aber, dass sich das, was ich dort versprochen habe, wir auch gemeinsam halten konnten und deshalb auch im Oktober letzten Jahres 2019 hier im Gemeinderat die Projektgenehmigung für die Errichtung des Kreisverkehrs Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg beschlossen haben. Danach sind die Planungsausschreibung und die Vergabe an das Ziviltechnikerbüro erfolgt. Derzeit sind die Planungen für die Einreichung und die Bauausführung im Laufen. Wir haben aber in Abstimmungsgesprächen mit der Behörde betreffend die Bauabwicklung die Auflage festgelegt, dass die Baustelle, also der Kreisverkehr Baustelle, nicht zeitgleich mit den Bauarbeiten am Bertha-von-Suttner-Platz erfolgen darf. Wie du weißt, wird sie Ende September abgeschlossen sein. Danach werden wir uns bemühen, wenn wir auch die entsprechenden Mittel bekommen, weil derzeit gibt es auch, wie du weißt, einen

Investitionsstopp und wir sind angehalten, nicht prioritäre Sachen hintanzuhalten. Aber wir sind bemüht, dass wir dann mit Anfang 2021 mit der Kreisverkehr-Errichtung starten können (*Allgem. Appl.*).

**Bgm. Mag. Nagl:**

Gibt es eine Zusatzfrage, Herr Gemeinderat?

**Spath:**

Ja, es gibt eine Zusatzfrage. In diesem Zusammenhang befindet sich auch der Kreuzungsbereich Neufeldweg/Johann-Weitzer-Weg und Sternäckerweg in unmittelbarer Nähe. Auch dieser Kreuzungsbereich ist ja sehr stark frequentiert. Vor allem auch vom öffentlichen Verkehr, Busverkehr, der dort fährt. Ich habe auch schon einmal eine Frage gestellt, gekoppelt mit dieser Frage um den Kreisverkehr Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg: Gibt es bereits dort in diesem Kreuzungsbereich schon Planungen für eine Regelung dieses Kreuzungsbereiches Sternäckerweg/Neufeldweg/Johann-Weitzer-Weg?

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Ich weiß jetzt nicht, ob du dabei warst, aber genau diesen Kreuzungsbereich, den weiteren, den du ansprichst, wo du völlig zu Recht sagst, dass dort eine durchaus nicht einfache Situation ist, haben wir mehrmals schon gemeinsam Straßenamt und auch die Verkehrsplanung angeschaut bezüglich eines Kreisverkehrswunsches, auch von der Bezirksvorstehung und der Bezirksvorsteher Schröttner und ich waren mehrmals dort. Kreisverkehr ist dort äußerst schwierig zu errichten; bezüglich dem aktuellen Stand aber einer anderen Verkehrslösung an diesem Kreuzungsbereich kann ich dir nur schriftlich antworten. Das kann ich dir jetzt nicht beantworten.

**Bgm. Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Meine geschätzten Damen und Herren. Jetzt darf ich mich an die Zuseherinnen und Zuseher im Internet wenden. Im Gemeinderat werden Stücke öffentlich diskutiert, aber wir haben auch einen nicht öffentlichen Teil, in dem Stücke immer wieder zu diskutieren sind. Da es heute um Darlehensaufnahmen geht, die nach unserem Regelwerk in dieser nicht öffentlichen Sitzung zu behandeln sind, müssen wir jetzt die Liveübertragung kurz unterbrechen, da wir auf einige Zinsvereinbarungen im Minutentakt zurückgreifen müssen. Aus diesem Grunde darf ich Sie bitten, bleiben Sie dran, nach einer kurzen Pause werden wir wieder live aus dem Gemeinderat-Saal berichten. In der Zwischenzeit darf ich die Technik ersuchen, kurz den Livestream abzuschalten und darf unseren Finanzreferenten bitten, die Stücke, die es im nicht öffentlichen Teil jetzt zu behandeln gibt, zu referieren.

***Unterbrechung für die nicht öffentliche Sitzung (12.38 Uhr)***

***Fortsetzung der öffentlichen Sitzung (12.45 Uhr)***

**Bgm. Mag. Nagl:**

Damit darf ich auch die Technik ersuchen, den Livestream wieder zuzuschalten und zurückzukehren zur Fragestunde.

Ich darf wieder alle Damen und Herren begrüßen, die mittels Livestream unserer heutigen Gemeinderatssitzung folgen. Ich darf nun in der Fragestunde fortfahren und Frau Gemeinderätin Elke Heinrichs, die Frage an den Herrn Bürgermeister-Stellvertreter zu stellen.

**6.4 Frage 4: 500 Euro Corona-Prämie für die Beschäftigten in den GGZ  
(GR<sup>in</sup> Heinrichs, KPÖ an Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio, FPÖ)**

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Die sogenannten Heldinnen und Helden des Alltags, welche seit der Zeit des Lockdowns, bedingt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, im Gesundheits- und Pflegebereich unter schwierigsten, besonders am Beginn dieser Zeit, unter schwierigsten Bedingungen den Kollaps des Gesundheitssystems verhindert haben, haben bis zum heutigen Tag Großes geleistet. Ihnen wurde teilweise durch sichtbaren und hörbaren Applaus durch die Bevölkerung gedankt. Sie wurden auch seitens der politischen Vertreter wiederholt öffentlich gelobt.

Im Zuge des SWÖ-KV 2020, Sozialwirtschaft Österreich Kollektivvertrag heißt das, wurde Anfang April ua. die Corona-Gefahrenzulage zwischen den Partnern der Sozialwirtschaft Österreich eben und Vertretern der GPA und Vida zur Abgeltung der Gefahren und Belastungen aufgrund der Corona-Krise ausverhandelt. Dieser Abschluss der Sozialpartnervereinbarung sieht 500 Euro Prämie als besondere Wertschätzung vor. Die Auszahlung soll Ende Juli erfolgen. Nicht Teil der Sozialwirtschaft sind die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von KAGES und GGZ. Im letzten GGZ-Ausschuss, wir wissen das, hat Herr Prof. Dr. Hartinger alle Leistungen der gesamten Mitarbeiterriege von GGZ mit seinem ganz besonderen Lob bedacht. Und nicht zuletzt demzufolge wäre es mehr als gerechtfertigt, wenn die Anerkennung der besonderen Leistungen im Pflege- und Gesundheitsbereich auch bei den GGZ in einer Form einer monetären Zuwendung zum Ausdruck käme. So sollte der Corona-Bonus nach dem Vorbild von Oberösterreich in der Höhe von 500 Euro an alle MitarbeiterInnen ausbezahlt werden, welche im Zeitraum 16.3.2020 bis 30.6.2020 ihre wertvolle Arbeit geleistet haben. Und daher stelle ich auch an Sie, sehr geehrter Bürgermeister-Stellvertreter Eustacchio, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

**Frage:**

Werden Sie in die Wege leiten, dass an die Beschäftigten bei den GGZ, analog zur vorgesehenen Abgeltung in der Sozialwirtschaft bzw. der Vorgehensweise in Oberösterreich, eine Corona-Prämie in Höhe von 500 Euro ausbezahlt wird (*Allgem. Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter,*

*Die „HeldInnen des Alltags“, welche seit der Zeit des Lockdowns, bedingt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, im Gesundheits- und Pflegebereich unter schwierigsten Bedingungen den Kollaps des Gesundheitssystems verhindert haben, haben bis zum heutigen Tag Großes geleistet.*

*Ihnen wurde teilweise durch sichtbaren Applaus durch die Bevölkerung gedankt.*

*Sie wurden auch seitens der politischen Vertreter wiederholt öffentlich belobigt.*

*Im Zuge des SWÖ-KV 2020 wurde Anfang April u. a. die Corona-Gefahrenzulage zwischen den Partnern der Sozialwirtschaft Österreich (Walter Marschitz und Erich Fenninger) und Vertretern der GPA und Vida zur Abgeltung der Gefahren und Belastungen aufgrund der Corona-Krise ausverhandelt. Dieser Abschluss der Sozialpartnervereinbarung sieht 500 Euro Prämie als besondere Wertschätzung vor. Die Auszahlung soll Ende Juli erfolgen.*

*Nicht Teil der Sozialwirtschaft sind die MitarbeiterInnen von KAGes und GGZ.*

*Im letzten GGZ-Ausschuss hat Herr Prof. Dr. Hartinger alle Leistungen der gesamten Mitarbeiterriege von den GGZ mit seinem ganz besonderen Lob bedacht.*

*Es wäre zudem aber mehr als gerechtfertigt, wenn die Anerkennung der besonderen Leistungen im Pflege- und Gesundheitsbereich auch bei den GGZ in Form einer monetären Zuwendung zum Ausdruck käme. So sollte der Corona-Bonus nach dem Vorbild von Oberösterreich in der Höhe von 500 Euro an alle MitarbeiterInnen*

*ausbezahlt werden, welche im Zeitraum 16.3.2020 bis 30.6.2020 wertvollste Arbeit geleistet haben.*

*Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende*

**Frage:**

*Werden Sie in die Wege leiten, dass an die Beschäftigten bei den GGZ, analog zur vorgesehenen Abgeltung in der Sozialwirtschaft bzw. der Vorgehensweise in Oberösterreich, eine Corona-Prämie in Höhe von 500 Euro ausbezahlt wird?*

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Als Antwort ganz einfach, laut dem Organisationsstatut der Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz obliegt der vom Gemeinderat bestellten Geschäftsführung die Führung der Geschäfte des Eigenbetriebs. Die Geschäftsführung zeichnet sich daher verantwortlich für die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebs und ist auch nach Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu führen. Sie ist für den gesamten Betrieb und für die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen verantwortlich. Die Frage nach einer zusätzlichen Prämie wäre daher richtigerweise in dem dafür vorgesehenen Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren zu stellen gewesen. Aber das ist natürlich jetzt, würde ich es mir einfach machen, das zu beantworten. Ich möchte noch einmal auch darauf hinweisen, grundsätzlich die Anfragebeantwortung des Corona-Tausenders von Gemeinderätin Robosch und in Erinnerung rufen, was auch damals geantwortet wurde. Dass die Mitarbeiter des Hauses Graz gut durch die Krise gekommen sind, die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und somit auch die Bediensteten der Stadt Graz sind hier mit der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes privilegiert gegenüber anderen Berufsgruppen. Das hat

sich im Speziellen in der Krise gezeigt. Es gab auch in der GGZ keine Kündigungen, niemand wurde in Kurzarbeit geschickt, niemand musste finanzielle Einbußen erleiden. Im Sinne einer gelebten Solidarität mit all jenen, die in Österreich betroffen waren vom massiven Einkommensverlust und Kündigungen, Menschen, welche auch in naher Zukunft wohl auch unter den Folgen leiden werden, wäre auch eine solche Prämie auch nicht zu vertreten, dass eine solche Auszahlung auf Kosten der Gemeinschaft geht und letztlich wieder von den Bürgerinnen und Bürgern zu tragen wäre. Ich darf aber die Gelegenheit benutzen, mich bei allen Damen und Herren, bei allen Mitarbeitern der Stadt Graz für ihre Tätigkeit bedanken. Hier wurde Großartiges geleistet, sowohl in den GGZ als auch in allen anderen Abteilungen der Stadt Graz, und dafür sage ich Ihnen ein ganz, ganz herzliches Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

**Bgm. Mag. Nagl:**

Frau Gemeinderätin gibt es eine Zusatzfrage?

**Heinrichs:**

Ja bitte. Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, danke für die Beantwortung. Die für mich, aber nicht nur für mich, vor allen Dingen für die, die es betrifft, nicht gut ausgegangen ist. Ich möchte dem von Ihnen Gesagten hinzufügen, dass es bei GGZ ca. 600 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gibt, dass das, wenn man es ausrechnet, 300.000 Euro wären, die da flüssig gemacht werden sollten nach unserer Vorstellung. Das ist eine Summe, die für z.B. „Summer in the City“ ausgegeben wird, die einer Geschäftsführerprämie entspricht. Der LKH-Betriebsrat setzt sich für die Auszahlung der Prämien ein. Oberösterreich hat schon zugesagt und, ich glaube, schon ausbezahlt, ich bin nicht ganz sicher. Niederösterreich ebenso, Tirol hat zugesagt. Im Land gibt es eine oder hat es gegeben am 2. 7. eine Initiative unsererseits. Es wurde auch von den Landespolitikern durchaus nicht explizit abgelehnt, wenn auch abwartend das Ansinnen beschieden. Ich möchte hiermit noch einmal im Sinne derer, die sich wirklich

grandios ausgezeichnet haben bei ihrer Arbeit, an Sie als Personalzuständiger für GGZ, die unbedingte Bitte richten, sich einzusetzen (*Allgem. Appl.*).

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Es war ja als solches nicht mehr eine Frage, sondern eine Feststellung. Nochmals, Frau Kollegin, ich bin nicht zuständig für das Personal in der GGZ, das ist nicht wahr und noch einmal. Wir haben ganz, ganz tolle Leistungen in dieser Stadt erlebt von vielen, vielen unterschiedlichen Menschen. Ich würde es als falsch ansehen, wenn eine einzelne Gruppe herausgegriffen würde und noch einmal, alle Menschen, die hier in dieser Stadt wertvolle Arbeit für uns leisten, haben auf der anderen Seite die sehr gute und sehr komfortable Situation, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben und das sollte man auch anerkennen (*Allgem. Appl.*).

#### **6.5 Frage 5: Drogenpolitik Graz (GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schleicher an StR Mag. Krotzer)**

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuschauer, sehr geehrter Herr Gesundheitsstadtrat. Meine Frage betrifft eben die Drogenpolitik in Graz. Die Drogenkriminalität ist ja nach wie vor sehr hoch. Die Hälfte aller Straftaten nach dem Suchtmittelgesetz in der Steiermark passiert in Graz. Die Einrichtung von den Schutzzonen im Volksgarten und im Metahofpark durch den ehemaligen Innenminister Herbert Kickl und später dann auch im Stadtpark war ein wichtiger Schritt, eine Hilfe für die Polizisten, effizienter den Dealern gegenüber vorgehen zu können. Aber leider, wie wir wissen, gibt es ja zu wenige Beamte in Graz. Faktum ist, dass das Drogenproblem unter Ihrer dreijährigen Amtszeit nicht kleiner geworden ist. Es fehlt offenbar eine wirkungsvolle Strategie, um eine weitere Steigerung des Drogenkonsums zu verhindern, und sicher nicht hilfreich ist eine Verharmlosung der Drogen bzw. die Einstellung der KPÖ zur

Drogenproblematik. Die Bundes-KPÖ hat am Parteitag 2014 folgenden Antrag angenommen und beschlossen: Eine Entkriminalisierung aller nach dem Suchtmittelgesetz illegalisierter Substanzen wurde gefordert und angenommen, aller Substanzen. Erst kürzlich wurde diese Haltung auch durch einen Facebook-Eintrag der Bundes-KPÖ bestärkt. Da wurde ein Foto gepostet von Johann Gudenus beim mutmaßlichen Drogenkonsum, wo mutmaßlich Kokain konsumiert wurde und darunter der Kommentar „Legalize it“, also legalisiert es. Ist das richtig zu verstehen, dass die KPÖ dafür eintritt, dass Kokain legalisiert wird? Auf derselben Facebook-Seite ist nur wenige Tage danach der Kommentar des Grazer Gesundheitsstadtrates zum Welt-Drogentag geteilt worden. Also da befallen einen schon Zweifel, ob die sensible Thematik der Drogenproblematik in Graz in richtigen Händen ist. Deshalb meine

**Frage:**

namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs:

Kann jemand, dessen Partei einen vollständigen Legalisierungsansatz aller verbotenen Drogen verfolgt, tatsächlich die Agenden eines Gesundheitsstadtrates, unter dessen Verantwortungsbereich auch das sensible Thema Drogen fällt, glaubwürdig vertreten (*Allgem. Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Herr Stadtrat!*

*Die aktuellen Zahlen des BMI zur Drogenkriminalität in der Steiermark zeigen, dass mehr als die Hälfte aller Straftaten nach dem Suchtmittelgesetz in Graz geschehen.*

*Aufgeschlüsselt nach Nation belegen Afghanistan, Nigeria und Rumänien die Spitzenplätze. Zur Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität werden landesweit 72 Polizisten eingesetzt – davon entfallen lediglich 13 auf Graz. Mit der Einrichtung von Schutzzonen im Volksgarten und Methahofpark hat der ehemalige Innenminister Herbert Kickl der Grazer Polizei die dringende Grundlage geschaffen, um gegen Dealer*

*und illegale Machenschaften in den städtischen Parks effizienter vorgehen zu können. Die Schutzzone im Stadtpark war ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung. Um jedoch der steigenden Suchtmittelproblematik effizient begegnen zu können, brauchen wir in Graz auch die notwendige personelle Bereitstellung.*

*Faktum ist, dass das Drogenproblem in der Landeshauptstadt unter Ihrer dreijährigen Amtszeit nicht kleiner geworden ist. Entscheidend sind dabei neben Prävention und gesundheitlicher Begleitung vor allem wirkungsvolle Strategien, um eine weitere Steigerung des Drogenkonsums zu verhindern.*

*In diesem Zusammenhang kommen bei Ihrem Zugang zur Bewältigung des Drogenproblems in Graz auch Zweifel auf. Die Kommunistische Partei Österreichs hat als Dachorganisation aller Landesparteien am 36. Parteitag der KPÖ vom 21. Oktober 2014 einen Antrag auf Entkriminalisierung aller nach dem Suchtmittelgesetz illegalisierten Substanzen angenommen. Erst kürzlich wurde diese Haltung durch ein Facebook-Posting der KPÖ Bundesorganisation vom 17. Juni 2020 bestätigt, wo der mutmaßliche Drogenkonsum von Johann Gudenus mit dem Kommentar „Legalize it“ versehen wurde. Auf der selben Facebook-Seite wird übrigens auch am 26. Juni der Kommentar des Grazer Gesundheitsstadtrates zum Welt-Drogentag geteilt.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Anfrage:**

*Kann jemand, dessen Partei einen vollständigen Legalisierungsansatz aller verbotener Drogen verfolgt, tatsächlich die Agenden eines Gesundheitsstadtrates – unter dessen Verantwortungsbereich auch das sensible Thema Drogen fällt – glaubwürdig vertreten?*

StR Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Mitglieder des Gemeinderates, werte Gemeinderätin. Lassen Sie mich eingangs doch feststellen, dass mich die Frage etwas verwundert hat, ob der medialen und politischen Veröffentlichungen der letzten Wochen. Es war, wie gesagt, wie Sie auch ausgeführt haben, ein langjähriger hochrangiger Funktionär der FPÖ, also Ihrer Partei, der durch das Bekanntwerden eines Fotos in den Verdacht der Einnahme illegaler Substanzen geraten ist und der diesen Vorfall lapidar abgetan hat mit den Worten, das ist „Schnee von gestern“. Jetzt könnte man meinen, es wäre angebracht vor der eigenen Haustür zu kehren, aber es ist natürlich eine Frage des politischen Stils, die jede Partei für sich entscheiden muss. Nun zur Frage im Konkreten. Der von Ihnen erwähnte Beschluss eines Parteitages der Bundes-KPÖ hat mich bis zum Eintreffen Ihrer Frage in keinsten Weise beschäftigt, noch Auswirkungen auf meine Tätigkeiten als Stadtrat für Gesundheit und Pflege der KPÖ. Das hat folgenden Grund, dass die Steirische KPÖ seit dem Jahr 2003 auch nicht an den Bundesparteitagen teilnimmt. Also wir waren wahrscheinlich gleich oft auf Bundesparteitagen der KPÖ jedenfalls. Also ich war für meinen Teil dort nicht zugegen und dieses Modell wird also von Politikwissenschaftlern oder Journalisten immer wieder auch als CDU-CSU-Modell bezeichnet. Auf die Gründe und die Geschichte werde ich hier jetzt nicht eingehen. Ich erlaube mir nur die Anmerkung, dass wahrscheinlich der eine oder andere steirische FPÖ-Funktionär sich ein ähnliches Distanzverhalten zur eigenen Bundespartei gewünscht hätte, als der IBIZA-Skandal und auch die Spesenexzesse des ehemaligen Bundesparteiobmanns Strache bekannt geworden sind. Dass wir als Grazer KPÖ im Einklang auch mit vielen Ärztinnen und Ärzten, ExpertInnen oder auch manchen Polizisten eine Debatte über die Endkriminalisierung des Konsums von Cannabis vorschlagen, ist bekannt. Da sind wir auch auf einer Linie. Zuletzt auch einer Äußerung von FPÖ Stadtrat Mario Eustacchio, der auch hier gefordert hat, den Verkauf von Cannabis aus dem Strafrecht zu entfernen und dann in das Verwaltungsstrafrecht zu überführen. Aber ich kann für mich deutlich sagen, die völlige Legalisierung illegaler Substanzen ist nicht Beschlusslage der KPÖ Steiermark. Ist nicht meine persönliche

Haltung und gerade vor kurzem haben wir auch einstimmig im Gesundheitsausschuss das Suchtpräventionspapier beschließen können und dieses gemeinsam mit den 2014 ebenfalls einstimmig vom Gemeinderat beschlossenen Strategien der Stadt Graz für eine wirksame Suchtpolitik ist die Grundlage und Orientierung meiner Arbeit als Stadtrat als Gesundheit und Pflege (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl:**

Gibt es eine Zusatzfrage?

**Schleicher:**

Ja bitte. Schön, jetzt haben Sie wenig elegant vom eigentlich ersten Thema abgelenkt durch parteipolitisches Geplänkel. Es ist aber ernst und es waren auch Ihre Worte, dass Sie eben laut und offiziell darüber nachdenken, Cannabis zu legalisieren. Und deshalb, obwohl Sie selber in einer Zeitung zitiert werden, wo Sie sagen, neben Alkohol und Nikotin hat sich Marihuana gewissermaßen zu einer Volksdroge entwickelt und alle drei sind gesundheitsschädigend und trotzdem fordern Sie offiziell eine Legalisierung. Es gibt Experten und Fachleute, die sehen diese Entwicklung, diese Verharmlosung, diese Entstigmatisierung von Cannabis sehr kritisch und befürchten dadurch einen erhöhten Konsum, der nicht ungefährlich ist, wie wir wissen. Der DHC-Gehalt der heutigen Cannabisblüten ist gesteigert im Vergleich zu 20 Jahren und deshalb ist das Suchtpotential enorm groß. Ich nehme das zur Kenntnis und deshalb meine

**Frage:**

Ist das tatsächlich Ihr gesundheitspolitischer Ansatz, eine weitere süchtig machende Substanz für die Grazer Jugend legal erhältlich zu machen, also Cannabis zu legalisieren (*Allgem. Appl.*)?

**StR Krotzer:**

Liebe Frau Gemeinderätin, ich bitte, das genau auseinander zu halten. Diese Forderung habe ich so nicht gestellt. Das, was ich sage, dass wir in Anbetracht der Zahlen, die wir in Österreich haben, eine Diskussion brauchen, eine breite und das kann weder ich, weder habe ich die Expertise dazu, noch kann ich es auch auf städtischen Ebene beschließen. Das, was ich sage, ist, wir brauchen eine breite, offene, ehrliche Diskussion nicht über die Legalisierung, sondern über die Entkriminalisierung und dieser Überzeugung bin ich jedenfalls. Ich möchte die Gelegenheit auch noch nutzen, weil Sie eingangs ja gesagt haben, das Drogenproblem hätte sich seit 2017 verschärft. Das deckt sich mit den Zahlen der Polizei und des Innenministeriums nicht. Ich habe hier auch die Statistik für die vergangenen Jahre. Wir haben 2017 in Graz Suchtmittel-Gesetz-Delikte pro 1.000 EinwohnerInnen in Graz gehabt 2017 5,9. Wir waren 2018 bei 3,8 und 2019 bei 4,4. Jetzt wissen wir natürlich, dass der Faktor Gesundheitsamt und noch kleiner der Faktor Gesundheitsstadtrat in dem Zusammenhang eine eher unbedeutende Rolle spielt, vieles natürlich auch mit Ermittlungserfolgen, Ermittlungsdruck seitens der Behörden, seitens der Polizei zu tun hat. Aber ich glaube, man muss sich hier schon auch die Zahlen richtig anschauen. Und abschließend möchte ich doch eine Feststellung machen. Sucht und Süchte sind ein gesamtgesellschaftliches Problem, sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, ganz egal welcher Natur. Ob es sich um legale Substanzen handelt, ob es sich um illegale Substanzen handelt, oder ob es auch um Medikamentensüchte, Spielsucht etc. geht. Ich bin überzeugt davon, dass es hier breite Maßnahmen gibt. Sehr vieles gibt es zum Glück in der Stadt Graz, wie auch am Papier der Suchtprävention festgehalten ist und das sehe ich als unsere gemeinsame Herausforderung. Und ich kann nur noch einmal wiederholen, was ich auch anlässlich des Weltdrogentages vor wenigen Wochen geäußert habe, dass ich der Überzeugung bin, dass eine gute Sozialpolitik die beste Form der Drogenprävention ist (*Allgem. Appl.*).

**Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.02 Uhr)**

**6.6 Frage 6: Forcierter Breitbandausbau ist für den Wirtschaftsstandort Graz dringend notwendig  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner, Grüne an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuschauerInnen. In meiner Frage geht es um das Thema Breitbandausbau. Ich habe mich da in der vorletzten Gemeinderatssitzung schon damit beschäftigt, weil gerade durch die Ausgangsbeschränkungen, durch die vermehrte Nutzung von Homeoffice sich gezeigt hat, dass es da in Graz teilweise massive Probleme gibt. Letztes Wochenende hat es in der Kleinen Zeitung eine Umfrage gegeben, wo rausgekommen ist, dass ca. 80 % der Erwerbstätigen weiterhin gerne im Homeoffice tätig wären, und ich glaube auch, dass viele Unternehmen erkannt haben, dass das eigentlich eine sehr gute Möglichkeit ist für die Beschäftigung. Ich bin mit dem Thema wirklich massiv konfrontiert worden von KollegInnen, von Unternehmerinnen und Unternehmern und ich habe mich dann sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt. Es gibt auch die Möglichkeit, ich habe den Link auch in meiner Frage zitiert. Es gibt die Möglichkeit, selbst einen Netztest zu machen und was da teilweise herauskommt, ist wirklich erschreckend. In der Beantwortung meiner Frage hat es geheißen, dass das Glasfaser-Netz der Holding Graz im Dienste eine hervorragende Breitbandversorgung für die gesamte Stadt steht und dass Investitionen nur nach wirtschaftlichen Kriterien genehmigt werden. Jetzt ist es so, dass es mit diesem kommunalen Investitionsgesetz, kurz KIG 2020, die Möglichkeit gibt, sich auch Mittel, und das sind eben diese insgesamt 36 Millionen, dass sich die Stadt Graz da Mittel abholt auch für den Breitbandausbau, die Förderquote beträgt dabei 33 %. Das heißt, bei so einer Förderquote gehe ich davon aus, dass es auch wirtschaftlich darstellbar ist. Und deshalb frage ich Sie, Herr Bürgermeister in Ihrer Funktion als Wirtschaftsstadtrat, ob Sie sich dafür einsetzen, dass ein Teil der über das Kommunalinvestitionsgesetz 2020 für Graz vorgesehenen 36 Millionen Euro für den flächendeckenden Breitbandausbau in Graz beantragt wird (*Allgem. Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
in der Gemeinderatssitzung vom 14. Mai hatte ich eine Frage zum Breitbandausbau in Graz gestellt. In der Beantwortung heißt es, dass „das Glasfasernetz der Holding Graz im Dienste einer hervorragenden Breitbandversorgung für die gesamte Stadt, der Wirtschaft und der Privatkunden, steht, die Investitionen in die Telekommunikationsinfrastruktur allerdings nur nach wirtschaftlichen Kriterien genehmigt werden“.*

*Einer am Wochenende in der Kleinen Zeitung zitierten Befragung zu Corona-bedingten Änderungen in unserer Arbeitswelt zufolge würden 80% der Erwerbstätigen weiterhin gerne im Homeoffice arbeiten. Da auch Unternehmen erkannt haben, dass Homeoffice durchaus Vorteile hat, können wir von einer Steigerung von im Homeoffice tätigen Personen ausgehen. Die infrastrukturellen Rahmenbedingungen sind dafür aber nur teilweise gegeben (unabhängiger Selbsttest unter <https://www.netztest.at/de/>). Um tatsächlich von einer hervorragenden Breitbandversorgung sprechen zu können, ist die Stadt Graz gefordert. Dabei geht es einerseits darum, das Glasfaser-Netz möglichst flächendeckend auszubauen, andererseits darum, wie die FTTH- bzw. FTTP-Verbindung (fibre to the home-Verbindung) aussieht. Glasfaserleitungen garantieren nur dann sinnvoll stabile Übertragungswerte, wenn sie bis in die Betriebe und Haushalte führen.*

*Der flächendeckende Breitbandausbau ist für jede Kommune bereits jetzt eine Standortfrage und wird es noch verstärkt werden, um als Wirtschaftsstandort internationalen Wettbewerbsanforderungen entsprechen zu können. Nunmehr bietet sich für die Stadt Graz mit dem Kommunalinvestitionsgesetz (KIG) 2020 die Möglichkeit, Fördermittel für flächendeckenden Breitbandausbau abzuholen. Die Förderquote für Graz beträgt 33%, damit sollte eine wirtschaftliche Darstellbarkeit eines forcierten Breitbandausbaus gegeben sein. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende*

**Frage:**

*Werden Sie sich in Ihrer Funktion als Wirtschaftsstadtrat dafür einsetzen, dass ein Teil der über das Kommunalinvestitionsgesetz 2020 für Graz vorgesehenen 36 Mio. Euro für den flächendeckenden Breitbandausbau in Graz beantragt wird?*

**Bgm. Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Ich glaube, das ist ein wichtiges Thema, für Wirtschaft im Besonderen, weil wir auch in dieser Corona-Zeit erlebt haben und auch wir selbst es gelebt haben als auch aus Graz, dass wir innerhalb kürzester Zeit 1.700 Menschen im Hause Graz Homeoffice angeboten haben. Deswegen geht es eigentlich nicht mehr nur um die Versorgung von Unternehmen, sondern es geht letzten Endes auch um die Versorgung vieler Menschen, die auch künftig von zu Hause aus arbeiten werden, entweder voll im Homeoffice oder auch tageweise. Also auch ein durchaus wichtiges Thema. Die Verschränkung allerdings mit dem Hilfspaket und der vorgesehenen 36 Millionen Euro, das uns angeboten wurde, möchte ich aber wie folgt beantworten: Das Kommunale Investitionsgesetz 2020 samt seiner landesgesetzlichen Erweiterung ist auch für die Stadt Graz eine wertvolle Hilfe, die anlässlich durch die Corona-bedingten Einnahmeneinbrüche gestoppten Investitionen zum Wohl der Bevölkerung fortzusetzen. Und die gesamte Volkswirtschaft möglichst auch wieder aufleben zu lassen. Leider ist es aus unserer Sicht, und da spreche ich nicht nur für Graz, sondern auch schon alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister österreichweit, sowohl im Gemeinde- als auch im Städtebund, notwendig, auch mit der Bundesebene und mit der Landesebene nochmals darüber zu diskutieren. Wir erwarten ja in Summe allein für die Stadt Graz Einnahmementfälle von rund 100 Millionen Euro, wenn dann auch noch die Verluste dazugezählt werden oder nicht mehr Umsätze, die wir in dieser Zeit tätigen konnten bei unseren Betrieben, dann könnten uns für das heurige Jahr im schlimmsten Fall 130 Millionen Euro fehlen. Leider ist das, was wir bekommen haben, aus unserer Sicht noch zu wenig. Der Bund hat für die Stadt Graz maximal 36 Millionen

Euro vorgesehen. Dafür haben wir eine Zusage auch schriftlich erhalten. Ich bin auch sehr, sehr dankbar, dass der Landesfinanzreferent und der Herr Landeshauptmann nach intensiven Verhandlungen allen Gemeinden in der Steiermark und damit auch der großen Stadt Graz eine korrespondierende Erhöhung um weitere 18 Millionen, also ein Viertel der Gesamtinvestition, die gefördert werden soll, zugesagt haben. Damit stehen 54 Millionen Euro als originales Investitionsvolumen im Hause Graz zur Verfügung. Demgegenüber auch ein Investitionsvolumen, das wir schon beschlossen haben, in der Höhe von 316 Millionen Euro. Diese bereits gestarteten, nun aber gefährdeten Projekte wollen wir vor allem im Verkehrs- und Schulbereich einsetzen und sollten die erste und oberste Priorität sein. Also, ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig. Im Moment beabsichtigen wir in der Regierung, nicht unbedingt den Breitbandausbau aus diesen Mitteln zu fördern, sondern wir haben die Investitionen im Verkehrs- und Schulbereich ganz oben priorisiert. Außer Frage ist der Hinweis auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Digitalisierung für alle, jetzt egal privat oder beruflich, richtig und unterstreicht sogar unsere Regierungsziele in der Agenda 22 zur Digitalisierung, die wir vereinbart haben. Wir müssen dabei unterscheiden zwischen den reinen PrivatkundInnen und den Unternehmen mit einer modernen Arbeitswelt. Im städtischen Investitionsprogramm sind gezielte Investitionen in das modernste Stadtmanagement und die Schaffung von Grundlagen für etwaige Breitbandangebote enthalten sowohl für die Wirtschaft als auch für PrivatkundInnen über die großen Anbieter wie A1, Magenta, Drei oder andere. Da sind wir mit der Holding bzw. mit der Citycom sehr gut unterwegs, wie auch der Erwerb von 5G-Lizenzen das unterstreicht. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Digitalisierung voranschreitet. Dazu verfolgen wir auch die digitale Agenda im Hause Graz. Das wegen Covid-19 neue und somit anlassbezogene Kommunalinvestitionsgesetz wird dabei von uns jetzt eben nicht in Erwägung gezogen. Was ich aber auch noch sagen möchte, im türkisgrünen Regierungsprogramm 2020 auf Bundesebene wird in Infrastrukturfragen neben Mobilität und Umweltschutz vor allem auf eine Digitalisierungsoffensive gesetzt. Das ist unter dem Kapitel 06 Bildung, Wissenschaft, Forschung und Digitalisierung nachvollziehbar und gut dargestellt. Da kann sich Ihre Fraktion, ebenso wie meine

Fraktion umfassend bemühen und die Holding auch ausreichend unterstützen, dass auch Graz Bundesmittel für einen technologieneutralen Ausbau der Breitband-Infrastruktur erhält. Also ich habe das in mehrere Teile zerlegen müssen, aber ich glaube, wir sollten uns beide bemühen, dass es da auch für den Breitbandausbau Sondermittel gibt, die vorgesehenen 54 Millionen von Stadt und Land eher prioritär in Richtung Kinder und öffentlichen Verkehr geht (*Allgem. Appl.*).

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Gibt es eine Zusatzfrage?

**Pavlovec-Meixner:**

Danke für die Antwort. Das werden wir natürlich gerne tun und uns auch dafür einsetzen, dass es dafür Geld gibt für diese Digitalisierungsoffensive. Aber jetzt rein von der Stadt Graz aus gesehen, gibt es irgendeinen Zeitplan für den weiteren Ausbau von Breitband oder ist das jetzt aufgrund des Investitionsstopps einmal auf Eis gelegt, sozusagen (*Appl.*)?

**Bgm. Mag. Nagl:**

Vielleicht noch zu dem Investitionsstopp. Wir haben ja jetzt nur von Mai bis September einmal gesagt, bitte nur die allerdringendsten Investitionen, haben aber auch darauf hingewiesen, dass wir schon 316 Millionen Euro an Investitionen in der Pipeline haben. Also das Wort Investitionsstopp ist, wenn ich so sagen darf, falsch. Nur neue Investitionen haben wir im Moment nicht getätigt, weil wir zunächst einen Überblick haben wollten und nicht schon im Juni ein Nachtragsbudget verhandeln wollten. Ist ja, wenn ich so sagen darf, auch in Wien dann heftig diskutiert worden. Die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen dieser Krise werden wir im September, Oktober wahrscheinlich besser sehen als im Mai und im Juni. Und unter diesen Investitionen

sind, meines Wissens nach auch viele Investitionen im Bereich der Digitalisierung über die Citycom und da geht es jetzt nicht mehr nur um Breitband, sondern auch um das Thema 5G, das wir ja nicht für den Handyeinzelbenutzer anbieten. Das machen die drei großen Anbieter. Wir investieren ganz gezielt in ein sicheres Netz mit Rechenzentrum, mit schnellen Möglichkeiten für Unternehmerinnen und Unternehmer und deswegen habe ich es auch eingangs auch gesagt, nachdem jetzt viele auch im Homeoffice wahrscheinlich auch weiter arbeiten werden, müssen wir auch mit den drei Anbietern reden, wie wir uns da vielleicht vernetzen und verschränken, sowie wir momentan auch mit jenen Unternehmungen auf österreichischer Ebene in anderen Gemeinden sprechen. Gerade Innsbruck, Linz haben auch 5G-Projekte, haben Unternehmungen, auch in Wien gibt es ganz, ganz starke Bemühungen. Also, ich glaube, da müssen wir alle unsere Anstrengungen forcieren, aber es läuft das normale Ausbauprogramm weiter. Aber wenn wir da noch mehr Gelder abholen können in Wien, so soll es mich freuen und wir werden mit der Frau Bundesministerin Gewessler, die, glaube ich, auch dafür die Zuständigkeit hat, auch wieder weiterverhandeln (*Allgem. Appl.*)

**6.7 Frage 7: Informationsveranstaltung Bebauungsplan Lindweg  
(GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Stadtsenatsmitglieder. Nicht erst seit der Corona-Zeit sehen wir uns oft in der Situation, dass die Grazer Bevölkerung zu geringe Informationen und auch Erklärungen bezüglich Bauvorhaben in Graz beklagen. Und Informationsveranstaltungen und Bürgerbeteiligungen haben in der Vergangenheit sehr gut gewirkt, um solcher Missstände quasi entgegenzuwirken. Beim Bebauungsplan Lindweg aber gab es auf viele Ersuchen der Bevölkerung, eine Informationsveranstaltung zu machen und auch auf Hilfestellungen, die erfragt wurden bezüglich dieses Bebauungsplanes, leider keine Antwort.

Deswegen stelle ich an Sie, Herr Bürgermeister, in Ihrer Zuständigkeit für Stadtplanungs- und Bebauungsfragen die

**Frage:**

Warum fand trotz mehrmaliger Urgenzen der Bevölkerung keine BürgerInnen- Informationsveranstaltung in Bezug auf den Bebauungsplan Lindweg statt (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

*In Ihrer Zuständigkeit für Stadtplanungs- und Bebauungsfragen stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die*

**Frage:**

*Warum fand trotz mehrmaliger Urgenzen der Bevölkerung keine BürgerInnen- Informationsveranstaltung in Bezug auf den Bebauungsplan Lindweg statt?*

**Bgm. Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Als zuständiger Referent für das Bauwesen ist es mir, dem Herrn Baudirektor, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Planungsbereichen ganz, ganz wichtig, dass wir intensiv den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern führen. Während des gesamten Zeitraums jetzt für den Bebauungsplan Lindweg wurde vom 7. Mai bis zum 9. Juli heurigen Jahres, also über einen Zeitraum von neun Wochen, dieser Bebauungsplan öffentlich aufgelegt. Was allerdings in der Corona-Zeit dazugekommen ist, muss ich halt jetzt auch berichten. Während des gesamten Zeitraums bestanden im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie Einschränkungen für öffentliche Veranstaltungen, teilweise durch

bundesweite Regelungen, teilweise durch Vorschriften und Empfehlungen im Magistrat selbst. Öffentliche Versammlungen, sofern sie nicht rechtlich zwingend stattfinden müssen oder mussten, werden nach wie vor nach Möglichkeit vermieden. Dies gilt erst recht für Formate, bei denen auch jedermann zu Wort kommen soll. Allerdings wurden die BürgerInnen auf verschiedene Art und Weise informiert und dabei fand auch ein reger Dialog mit AnwohnerInnen statt, insbesondere ist darauf hinzuweisen: Circa drei Monate vor jeder Bebauungsplanaufgabe erfolgt eine Publikation auf der Vorhabensliste der Stadt Graz. Diese Vorhabensliste haben wir ja mit unserem BürgerInnenbeirat eingeführt, beschlossen und leben sie auch. Diese Eintragung wird auch im gesamten raumordnungsrechtlichen Verfahren aktuell gehalten und informiert alle. Bevor ein Bebauungsplan in Auflage geht, werden die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Stadt- und Grünraumplanung informiert. Das ist auch ein schriftlicher Informationsbericht, zu diesen Ausschussterminen sind auch die jeweiligen Bezirksvorsteher eingeladen und können dann, wenn ich so sagen darf, auch im Bezirk transportieren. Die gesetzliche Mindestauflagedauer beträgt acht Wochen. In der Stadt Graz ist es üblich, Feiertage, Ferienwochen, Fenstertage zu berücksichtigen. Auch der gegenständliche Bebauungsplan lag daher neun Wochen auf. Zusätzlich zur gesetzlich festgelegten Kundmachung von Bebauungsplanentwürfen im Amtsblatt wird auf den Bebauungsplanentwurf auch auf der allgemeinen Homepage der Stadt Graz unter der Rubrik „Aktuelles“ prominent hingewiesen. Alle Dokumente werden als Download bereitgestellt. In der monatlich erscheinenden BIG-Zeitschrift werden Bebauungsplanaufgaben abgedruckt und auf die Homepage der Stadt Graz sowie auf die Vorhabensliste hingewiesen. Anstelle einer Einladung zur Bürgerinformationsveranstaltung erging für diesen Bebauungsplan ein schriftlicher Hinweis auf die Bebauungsplanerstellung und alle Informationsangebote bei Postwurf an die Haushalte in der Nachbarschaft des Planungsgebietes. Sobald Veranstaltungen wieder möglich sind, werden die Mitarbeiter der Stadtplanung dieses freiwillige Zusatzangebot selbstverständlich wieder anbieten. Es gehört als wichtiger Dialog zur gelebten Grazer Planungskultur. Voraussetzung ist jedoch die Beherrschung des Covid-19-Risikos und die Übereinstimmung mit den Vorschriften und Empfehlungen, die wir

von Bundesseite, von Landesseite, aber auch von Stadtseite bekommen (*Allgem. Appl.*).

**Bgm.-Stv. Eustacchio:**

Gibt es ein Zusatzfrage?

**Robosch:**

Ja. Corona hat natürlich vieles geändert, aber die Frist für diesen Bebauungsplan, also die Auflagefrist nicht und mein Kollege Muhr hat ja auch schon im letzten Gemeinderat eine Frage dazu gestellt. Hat weder eine Antwort darauf bekommen und hat auch keine Antwort auf die Anfragen, die er bezüglich dieses Bebauungsplanes gestellt hat, bekommen.

Und deshalb stelle ich auch hier die

**Frage:**

Wie kann es sein, dass in der Stadt Graz Fragen nicht beantwortet werden? Wir versuchen alle, unsere Anliegen, die an uns herangetragen werden, zu beantworten und zu erfragen. Aber scheinbar ist es in der Stadt Graz nicht möglich, solche Dinge zu beantworten. Vor allem fristgerecht zu beantworten und deswegen frage ich Sie, können Sie uns in Zukunft garantieren, dass solche Fragen und Anfragen schneller beantwortet werden im Sinne der Bevölkerung von Graz?

**Bgm. Mag. Nagl:**

Also zwei Anmerkungen. Ich kann bei den vielen Anfragen, die es jeden Tag gibt und in jeder Gemeinderatssitzung gibt, nicht immer auswendig wissen, ob schon alles fristgerecht beantwortet wurde. Selbstverständlich erwarte ich das letzten Endes auch, und die zweite Angelegenheit würde ich auch sagen. Im Hause Graz ist es durchaus

auch üblich auch für Gemeinderatsmitglieder, dass man sich im Ausschuss, wo man ja alle verantwortlichen Persönlichkeiten trifft, informiert oder einfach zum Hörer greift und anruft. Aber noch einmal, um auf diesen Fall Lindweg/Bebauungsplan zurückzukommen: eine Woche länger auch aufgrund der Sonderregelungen gemacht. Aber solange Covid ist, können wir nicht zu einer Bürgerversammlung im herkömmlichen Sinne einladen. Also ich denke mir, dass wir in der Stadt Graz, gerade was Thema Bürgerbeteiligung anbelangt, gut unterwegs sind, sogar sehr gut, weil die meisten Städte anrufen und immer wieder fragen, was wir gerade tun. Es läuft ja, wenn ich so sagen darf, einiges, glaube ich, in die richtige Richtung (*Allgem. Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.20 Uhr)***

**Bgm. Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Komme zur Fragestellung Nr. 8. Möchte noch anmerken, meine Damen und Herren, dass wir durch die Unterbrechung für die Darlehensaufnahme und auf das Warten auf die Zinssätze natürlich von unserer ursprünglichen Stunde abgewichen sind, das wird hinten drangehängt, damit endet die Fragestunde erst um 13.25 Uhr.

**6.8 Frage 8: Haltestellenausbau der Linie 61  
(GR Stöckler, ÖVP an Stadträtin Elke Kahr, KPÖ)**

**GR Stöckler:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren vor dem Livestream, sehr geehrte Stadträtin, liebe Elke Kahr. Ich möchte ein Problem ansprechen, welches ich schon im Herbst 2019

thematisiert habe und was ein großes Anliegen der Bezirksvertretung Waltendorf ist, speziell des Bezirksvorstehers Peter Mayr. Wir haben ja seit Anbeginn der Buslinie 61 Probleme mit der Haltestelle in der Rudolfstraße. Da geht es nicht nur um die Bänke, sondern vor allem um die Auftrittflächen. Das heißt, es ist ein dementsprechendes Sicherheitsrisiko. Du hast damals zugesichert, dass du evaluieren wirst und beauftragen wirst und bis dato ist bis auf die Haltestelle Berliner Ring nicht wirklich viel geschehen.

Deswegen würde ich dir gerne die

### **Frage**

stellen:

Wann darf endlich die Umsetzung der angekündigten Ausbaumaßnahmen der betroffenen Haltestelle der Buslinie 61 erwartet werden? Danke.

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Peter Stöckler, lieber Peter. Zu der Aussage stehe ich natürlich selbstverständlich auch heute noch. Da wäre ich ja eine seltsame Verkehrsstadträtin, wenn ich nicht für eine Verbesserung der Haltestellensituation für die Kunden bin. Aber du musst auch eines wissen, dass die Abteilung für Verkehrsplanung, und das wissen sicher auch meine Vorgänger, im Gegenzug zu den städtischen Linien, wo wir ein fixes, jährliches Budget von 500.000 Euro haben und das auch ganz klar geregelt ist, haben wir diese Regelung für Private und Regionalbuslinien, wie es ja bei der Linie 61 der Fall ist, hier in der Stadt Graz, keine derartige Regelung. Wir bemühen uns seit Jahren schon, ein fixes Budget, das ist eh recht bescheiden, von 100.000 Euro zu erhalten. Das ist uns bisher nicht gelungen. Die Finanzabteilung hat die Anmeldung bei den Budgets für die Privaten und Regionalbuslinienhaltestellen uns hier bisher verweigert. Was nicht heißt, dass wir nicht weiter dranbleiben. Aber das ist

eine Tatsache. Deshalb haben wir selbstverständlich, wie letztes Mal ich dir auch schon beantwortet habe, die Planung und Überprüfung für alle Haltestellen entlang der Buslinie 61 vergeben und die ist auch bis Ende des Jahres fertig. Es wird aber nicht umsetzbar sein, wenn ich nicht die entsprechenden Mittel dafür bekomme.

Erfreulicherweise, das hast du auch angeführt, ist durch das Straßenamt im Zuge einer Sicherheitsüberprüfung bei der Volksschule Berliner Ring in der Rudolfstraße der Haltestellenumbau der Linie 61 gelungen, wo auch gleichzeitig die Einrichtung einer älteren Haltestelle erfolgt ist (*Allgem. Appl.*).

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, liebe Elke!*

*Ich hatte schon am 14.11.2019 darauf hingewiesen, dass es seit Bestehen der Linie 61 Kritik an den Haltestellen in der Rudolfstraße – Auftrittfläche, Sitzgelegenheit etc. gibt.*

*Es war der Wunsch der Anrainer, des Schutzvereins Ruckerlberg und der Bezirksvertretung Waltendorf nach einer Verbesserung der Haltestellen-Situation, mit dem sich die Mag.Abt. 10/1, Verkehrsplanung, vor mehreren Jahren zu befassen hatte.*

*Trotz mehrmaliger Zusicherungen auch von deiner Seite, Frau Stadträtin, hat sich bis zum heutigen Tage an der grundsätzlichen Lage nichts verändert – einmal davon abgesehen, dass das Straßenamt die Situation vor Ort beurteilt hat.*

*Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin Elke Kahr, die*

**Frage:**

*„Wann darf endlich eine Umsetzung der angekündigten Ausbaumaßnahmen der betroffenen Haltestellen der Linie 61 erwartet werden?“*

**Bgm. Mag. Nagl:**

Gibt es eine Zusatzfrage?

**Stöckler:**

Ja die gibt es, und zwar wäre jetzt meine direkte Frage im Anschluss daran, wann und an wen ist der Planungsauftrag vergeben worden zur Evaluierung der Haltestellen?

Dass die Mittel dann vielleicht ein Problem sind, das ist klar. Wann ist das vergeben worden und an wen?

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Den Namen kann ich dir nachreichen, dass weiß ich jetzt nicht. Da müsste ich meine Abteilung fragen, aber auf jeden Fall bis Ende dieses Jahres im November wird das fertig sein und wenn du den Namen wissen möchtest, an wen das erteilt wurde, kann ich dir das bis Morgen spätestens mitteilen (*Appl.*).

#### **6.9 Frage 9: Puchsteg Neu (GR Alic, KPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

**Bgm. Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Meine geschätzten Damen und Herren, die nächste Frage hätte Herr Gemeinderat Horst Alic an mich gestellt. Es geht um die schwerwiegenden Gründe, die dagegengesprochen hätten, den Puchsteg Neu nur wenige Meter weiter südlich zu errichten, damit er auf öffentlichen Grund endet. Diese Frage muss ordnungshalber an die Verkehrsreferentin gestellt werden. Aber ich kann mit ein paar Worten nur sagen, dass ursprünglich die Verkehrsabteilung damals unter der Führung von Frau Stadträtin Lisa Rücker die Verlängerung der Achse Sturzgasse vorgegeben hat. Die hat dann leider

zu dem Problem geführt, das dann allseits da war. Aber ich kann ja auch sagen, dass es jetzt eine unentgeltliche Dienstbarkeit gibt. Also es hat der Stadt auch nichts gekostet. Ich darf aber die Fragestellerin Frau Gemeinderätin Christine Braunersreuther zum Rednerpult bitten. Sie darf mir natürlich auch der Reihenfolge entsprechend die Frage stellen.

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,*

*am 10. Juli soll der neue Puchsteg für die Benutzung freigegeben werden. Ein Jahr lang warten die Grazerinnen und Grazer nun schon darauf, obwohl der Steg von der EStAG schon längst errichtet worden ist. Da es im Zuge der Errichtung des Puchstegs verabsäumt worden ist, eine Einigung mit dem Grundstückseigentümer anzustreben, ist es zu einem langwierigen Verhandlungstreit gekommen, den Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl, im September des Vorjahres zur Chefsache erklärt haben.*

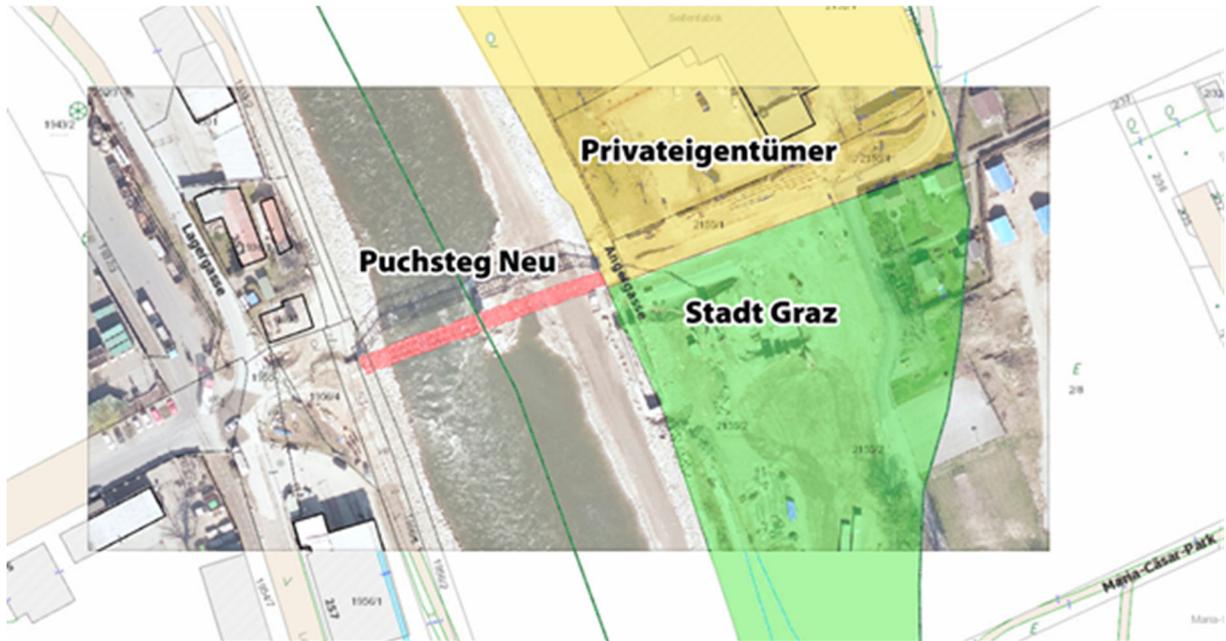
*Nach 10 Monaten „Chefverhandlung“ ist jetzt ein äußerst dürftiges und kostspieliges Ergebnis zustande gekommen: Zugeständnisse der Stadt Graz, wie etwa der Bau eines Sichtschutzes, und nur eine befristete Lösung.*

*Angesichts dieser Fakten ist folgender Umstand äußerst pikant. Wäre der Steg um lediglich fünf Meter (!) weiter südlich errichtet worden, würde er auf einem Grundstück enden, welches der Stadt Graz selbst gehört und die Stadt Graz hätte sich dieses ganze Tohuwabohu und die Zugeständnisse ersparen können (siehe Abbildung Seite 2). Der Steuerzahler bzw. die Steuerzahlerin wären günstiger ausgestiegen. Das Argument, wenn der Puchsteg weiter südlich enden würde, wäre zu wenig Platz für die dort geplante Bucht, die sog. „Seifenschale“, wäre wohl kaum stichhaltig genug.*

*Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende*

**Frage:**

*Welche schwerwiegenden Gründe haben dagegen gesprochen, den „Puchsteg Neu“ nur wenige Meter weiter südlich zu errichten, damit er auf öffentlichem Grund endet?*



**Vorsitzwechsel – Bgm. Stv.-Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.30 Uhr)**

Bgm. Mag. **Nagl:**

Frau Stadträtin Kahr, zur Geschäftsordnung, bitte.

StR<sup>in</sup> **Kahr:**

Ob die Kollegin Lisa Rücker hier den Auftrag gegeben hat, das kann ich nicht sagen. Nur was die Verkehrsplanung oder auch nicht das Straßenamt zuständig ist, nicht für irgendwelche Grundstücks-Requrierungen und im konkreten Fall Puchsteg war nicht

die Verkehrsplanung federführend bei der Grundstücksverhandlung, und um das ist es ja bei dieser Frage gegangen.

**Bgm. Mag. Nagl:**

Noch einmal, ich glaube, es ist wichtig, dass wir das ein für alle Mal klären. Es gab damals die Verkehrsreferentin Lisa Rücker. Ich weiß nur aus der Verkehrsabteilung, dass damals versucht worden ist, die Achse einfach als Radweg sinnvollerweise in Richtung Sturzgasse zu lenken. Man hatte dabei nicht beachtet, dass man an der anderen Uferseite anscheinend auf ein Privatgrundstück kommt. Deswegen ist aus meiner Sicht die ganze Aufregung sowieso erledigt und ich habe gerne diese Verhandlungen geführt. Weil es mir auch wichtig war, nicht einen 2-Meter-Steg darüber zu haben, sondern den vier Meter breiten überdachten, stets zu reinigenden Steg und das wollte ich da nur noch einmal festhalten. Ich mache gar keine Schuldzuweisungen, aber diese Frage aus der Verkehrssicht wurde jetzt von der Magistratsdirektion einmal zurückgewiesen. Das hätte man da erfragen sollen, wie es ursprünglich zu dieser Festlegung eines Stegs gekommen. Die Geschichte ist gut ausgegangen, die Radfahrer werden in wenigen Tagen drüberfahren dürfen auf einer besseren Situation und es hat, wenn ich so sagen darf, auch nichts gekostet, weil das Unternehmen und die dahinterstehende Familie kein Entgelt verlangt hat (*Allgem. Appl.*).

**6.10 Frage 6.10. Wirtschaftshilfe Innenstadt  
(GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> Braunersreuther, KPÖ an Bgm. Nagl, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuseherInnen über den Livestream und sehr geehrter Herr Bürgermeister. Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde von der

Regierungsbank den lokalen Wirtschaftstreibenden jede mögliche Hilfe, insbesondere nach der Corona-Krise, zugesagt, damit die Geschäfte in der Innenstadt überleben können. Es gab sogar einen dringlichen Antrag aus der ÖVP-Fraktion, dem zugestimmt wurde und jetzt ist es auch so, wenn man sich in das Grazer Internet, also in das FreeWifi, einwählt, dann kommt ein Bild, auf dem steht: „Mit jedem Einkauf in heimischen Geschäften sichern wir Arbeitsplätze, Unternehmen und die Vielfalt in unserer Stadt.“ Es wurde damals eben auch gesagt, Sie haben das medial verkündet, dass besonders in der Innenstadt, um dieses Sterben traditioneller, kleiner Händler zu verhindern, wo es möglich ist, statt eigener Gebäude an eben solchen Handel vermietet werden soll auch zu leistbaren Preisen, was ja oftmals bei privaten Immobilien-besitzern nicht machbar ist, nachdem es in Graz keine Mietpreisobergrenze gibt. Jetzt musste ich vor kurzem zu meiner großen Überraschung in der Zeitung lesen, dass genau im Rathaus diese repräsentativen Räume im Untergeschoss des Rathauses nicht nur weiter vermietet werden soll an den Red Bull Shop, sondern dass dieser sogar erweitert werden soll um weitere Läden, Einkaufsmöglichkeiten und um ein Gastrokonzept. Wir wissen, glaube ich, alle, dass Red Bull kein lokaler Kleinbetrieb ist, der Besitzer Dietrich Mateschitz gilt als die reichste Einzelperson in Österreich. Deshalb meine

**Frage**

an Sie:

Wie verträgt sich die Vermietung an Dietrich Mateschitz/Red Bull mit der Ankündigung, in Zukunft städtische Immobilien bevorzugt an kleine, lokale Wirtschaftstreibende vermieten zu wollen, um den Innenstadthandel zu retten (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,*

*es ist noch gar nicht so lange her, da wurde von Seiten der Regierungsbank den lokalen Wirtschaftstreibenden jede mögliche Hilfe – insbesondere nach der Corona-Krise – zugesagt, damit Geschäfte in der Innenstadt überleben können. Ziel war es, das individuelle Bild der Innenstadt zu erhalten und Traditionsbetriebe durch günstige Mietpreise in städtischen Immobilien vor der Insolvenz zu bewahren.*

*Doch nun ist den Medien zu entnehmen, dass ausgerechnet im Erdgeschoss des Rathauses der Unternehmer Dietrich Mateschitz seinen ohnehin bereits dort angesiedelten Red-Bull-Shop in der Herrengasse erweitern und um einen Gastronomiebetrieb ergänzen darf. Mateschitz gilt dank seiner Anteile an der Red Bull GmbH als reichste Einzelperson in Österreich.*

**Frage:**

*Wie verträgt sich die Vermietung an Dietrich Mateschitz / Red Bull mit der Ankündigung, in Zukunft städtische Immobilien bevorzugt an kleine, lokale Wirtschaftstreibende vermieten zu wollen, um den Innenstadthandel zu retten?*

**Bgm Mag. Nagl:**

Danke vielmals, Frau Gemeinderätin. Ich denke, mein Standpunkt, für die Innenstadt zu kämpfen, ist wirklich allen klar. Es ist mir ein Riesenanliegen, dass wir eine lebendige Innenstadt haben, hätten wir sie nämlich eines Tages nicht mehr, kämen auch viele, viele andere Arbeitsplätze durchaus ins Wanken. Ich nenne nur ein Beispiel. Wenn wir ein Kongress-, Wissenschafts- und Tourismusstandort sein sollen und wir dann in der wichtigsten Einkaufsstraße schon sieben Leerstandsgeschäfte haben, müssen wir alles tun, möglichst schnell wieder von leeren Schaufenstern zu vollen Schaufenstern zu kommen. Vielleicht ist es ganz, ganz wichtig, vor fünf Jahren haben

wir im Geschäftslokal im Rathaus Red Bull, die sogenannte Salzburg Sport GmbH, für den Markenshop AlphaTauri als Mieter gewinnen können. Schon damals bestand Interesse am benachbarten Geschäftslokal, das zu diesem Zeitpunkt aber an das Unternehmen Gerry Weber GmbH vermietet war. Die Abteilung für Immobilien hat daher Red Bull das Lokal mit einer Verkaufsfläche von 179 m<sup>2</sup> und der Lagerfläche von 88 m<sup>2</sup> nach der Kündigung des Vormieters angeboten. Danach kam es zur großen Diskussion, die wir auch in den Medien geführt haben, auch zu Gemeinderatsbeschlüssen. Aber dieses Angebot hat unseren Mieter, der eben erweitern wollte, angenommen und daher haben wir uns auch dafür entschieden, dass diese Vergrößerung im Übrigen mit einem neuen Branchenmix dort auch hineinkommen soll. Nichtsdestotrotz, und darauf zielt Ihre Frage ja auch ab, wie gehen wir mit Leerstand in der Stadt generell um? Angedacht ist, dass wir möglichst auch die kleineren Shops, da geht es doch um eine sehr große Fläche, die jemand, der, wenn ich so sagen darf, noch diese Betriebsgröße nicht hat, sich wahrscheinlich gar nicht leisten kann, dass wir in den B-Lagen und in den C-Lagen auch in nächster Zeit mit den Hausherrn in Kontakt treten wollen. Wir haben auch ein Leerstandsmanagement schon eingerichtet. Wir haben jetzt auch im Bereich der Holding das ganze Thema Citymanagement zusammengetragen und ein Ziel von mir ist es sicherlich auch, nach dem Vorbild München und anderer Städte, zu schauen, ob wir nicht dann die leerstehenden Geschäfte auch anmieten können und sie Unternehmerinnen und Unternehmer auch weitergeben können unter Umständen mit einem ähnlichen Fördermodell, wie wir das in Graz ja schon kennen und vor allem im Bürosektor gelebt haben. Vielleicht dann auch für Gewerbe- und Handelsbetriebe, und ich freue mich, dass wir relativ schnell diese leeren Schaufenster auch wieder gefüllt haben. Wir werden mit einem neuen Konzept, das ist so angedacht, dass noch umgebaut werden wird, im Übrigen ist das auch wieder notwendig. Diese Investitionen wird das Unternehmen Red Bull dann auch durchführen und wir haben dann wieder ein offenes Geschäft, so wie es jetzt geplant ist, mit Jahresbeginn (*Allgem. Appl.*).

**Braunersreuther:**

Sie sagen, dass Sie anmieten wollen und dann weitervermieten. Hier hätte man erst gar nicht anmieten sollen, sondern direkt vermieten können und wenn man sich so Geschäfte wie den Schediwy, der kürzlich Insolvenz anmelden musste, obwohl sie jahrzehntelang in der Grazer Innenstadt diesen Papierhandel hatten, der war nicht gerade klein. Diese kleinen lokalen Betriebe sind nicht immer nicht klein und brauchen nicht nur kleine Räume, vor allen Dingen brauchen sie nicht nur B-,C- oder D-Lagen, sondern sie bräuchten Innenstadtlagen, um überleben zu können und vor allen Dingen wünschen sich auch InnenstadtbesucherInnen, das geht aus Umfragen hervor, sowohl lokal wie auch im touristischen Sinn individuellere Innenstädte und nicht nur die immer gleichen großen Ketten, die es mittlerweile in jeder Innenstadt gibt, weil sich eben niemand anderes mehr die Mieten leisten kann. Deswegen noch einmal die Frage, warum wurde hier nicht darauf geschaut, bevorzugt das jemandem aus dem lokalen Handel anzubieten, anstatt diesem Erweiterungswunsch nachzukommen? Denn nur das wäre konsequent gewesen, wenn man Ihren Aussagen folgt (*Appl.*).

**Bgm. Mag. Nagl:**

Was wir dringend brauchen, liebe Frau Braunersreuther, ist ein ganz, ganz interessanter Mix und diesen Branchenmix in der Innenstadt, den müssen wir unterstützen. Der besteht aus möglichst vielen kleinen, der braucht aber auch dringend internationale, sogenannte Markenmieter. Ankermieter, wie es in der Fachsprache heißt. Wenn du die nicht hast, tust du dir auch schwer. Wir haben Gott sei Dank in dieser Innenstadt Ankermieter und auch noch eine Vielzahl von kleineren Gewerbetreibenden, die, wenn ich so sagen darf, das Ganze zu einem besonderen Angebot macht. Noch einmal, diese Fläche wurde schon im ursprünglichen Konzept der Anmietung angestrebt, damals ging es nicht. Nachdem Gerry Weber gekündigt hat, hat unsere Liegenschaftsabteilung es unserem Mieter angeboten. Er hat dieses Angebot angenommen und bin froh, dass mit Jahresbeginn dann dieser Leerstand weg ist und wir versuchen im Übrigen auch, anderen Leerstand möglichst bald wieder

auffüllen zu können. Vieles ist gelungen, gerade wieder ein neuer Schmuckhändler in der Sporgasse, auch in der Herrengasse ist ein Geschäftslokal schon wieder vergeben und wir werden demnächst im Gemeinderat präsentieren, wie ein solches Anmietungs- und Weitervermietungsmodell durch die Stadt Graz ausschauen könnte, damit wir diesen Mix erhalten. Aber ich freue mich trotzdem, es ist ein sehr attraktiver Mieter, der im Übrigen diese Geschäfte nicht überall anbietet, sondern soweit ich weiß, gibt es sie in Salzburg, in Wien und in Graz in der Innenstadtlage. Wir können froh sein, dass dieses jetzt ausgebaut wird und attraktiviert wird, weil ja noch andere Marken, nicht nur AlphaTauri und Red Bull präsentiert werden sollen, sondern auch weitere Marken, die im Verbund sind (*Allgem. Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.35 Uhr)***